Nr. 37 Mittwoch, den 13. Februar 1918 32. Jahrgang

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg., bei der Post abgeholt 52 Pfg., durch den Briefträger 66 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltige Kolonelzeile 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklamenteil 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung, die bei Nichtzahlung innerhalb 30 Tagen ihres erlischt. Beilagengebühr 6 Mark das Tausend ausschl. Postgebühren.

Redaktion Bahnhofstraße 13 — Fernruf 916

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Geschäftsstelle Bahnhofstraße 13 — Fernruf

Reichstag und Friedensvertrag. — Wilsons Antwort an Czernin und Hertling.

Beratungen im Hauptquartier.

Die Erklärungen Trotzkis.

Berlin, 12. Febr.

Reichskanzler Graf Hertling und Staatssekretär von Kühlmann begeben sich heute ins Große Hauptquartier um dort mit dem Kaiser und Generalfeldmarschall von Hindenburg über die Lage zu beraten, die sich aus den Trotzkischen Erklärungen und aus dem Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk ergeben hat und über die Maßnahmen, die angesichts dieser Lage von seiten der Verbündeten zu ergreifen sind.

Über die Tragweite der Trotzkischen Erklärungen gingen offenbar auch in Rußland ursprünglich die Meinungen weit auseinander. Unmittelbar nach der Sonntagssitzung in Brest-Litowsk wurde ein Funkspruch an Alle veröffentlicht, der mit den Worten **„Frieden, Frieden, Frieden"** begann, die allgemeine Demobilmachung anordnete, die Angehörigen des Heeres zur Disziplin und Aufrechterhaltung der Ordnung ermahnte und von dem Oberbefehlshaber Krylenko, sowie von den Mitgliedern des Obersten Kollegiums unterzeichnet war. Auf diese Weise erfuhr man nebenbei, daß **die von polnischer Seite verbreitete Nachricht von der Verhaftung Krylenkos falsch gewesen ist.** Drei Stunden nach diesem ersten Funkspruch ging ein zweiter, der die Verbreitung des ersten, von Krylenko unterzeichneten Aufrufs untersagte.

Die Auffassung der Berliner Diplomatie.

Über die Auffassung der durch den Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk geschaffenen Lage in Berliner diplomatischen Kreisen hören wir. Durch die einseitigen Erklärungen einer der kriegführenden Mächte, daß der Kriegszustand aufhören solle, werde in der Tat schon deshalb noch nicht der Frieden hergestellt, weil dann ja noch nicht ein Einverständnis über die künftigen Grenzen und vor allen Dingen nicht über das Bestehen internationaler Rechts- und Handelsbeziehungen gefunden worden ist, welche die Voraussetzung für den Friedenszustand bilden. Die Verbündeten Regierungen haben denn auch keinerlei bindende Antwort auf die Trotzkischen Erklärungen gegeben, haben also völlige Handlungsfreiheit, während die Russen an ihre Erklärungen gebunden bleiben. Über die weiteren Maßnahmen unsererseits wird erst noch entschieden werden müssen.

Keine Verhandlungen in Petersburg.

Jedenfalls werden zunächst unsere in Petersburg weilenden Missionen zurückberufen werden. Wir haben natürlich keine Veranlassung, uns durch Trotzki den Ort bestimmen zu lassen, wo die von ihm selbst angeregten weiteren Verhandlungen stattfinden. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Verhandlungen in einer neutralen Hauptstadt wieder aufgenommen werden, wo wir nicht vor feindlichen Spionen geschützt sein würden. Ganz ausgeschlossen auch, daß Petersburg zum Ort dieser Verhandlungen gewählt wird, da es sich schon wegen der zunehmenden Unsicherheit der dortigen Verhältnisse nicht dafür eignet. Da auch ein direkter Verkehr zwischen Petersburg und Berlin sich zur Zeit kaum wird einrichten lassen, so wird man es der russischen Regierung überlassen müssen, wie sie weitere Mitteilungen nach Berlin gelangen lassen will.

Die Verhandlungen mit Rumänien,

die, wie gerüchtweise verlautete, bereits begonnen haben sollten, sind, wie wir von gut unterrichteter Seite hören, noch nicht aufgenommen. Sie sollten zu Beginn der Woche ihren Anfang nehmen, wurden aber dann wegen der Demission des Kabinetts Bratianus vertagt.

*

Reichstag und Friedensvertrag.

bb. **Berlin, 12. Februar.** Wie schon gemeldet, bedarf der Friedensvertrag mit der Ukraine der verfassungsmäßigen Zustimmung des Reichstages. Der Vertrag dürfte, wie die „Germania" mitteilt, dem Parlament alsbald nach seinem Zusammentritt am 19. d. M. zugehen. Am Donnerstag, 21. d. Mts. wird sich das Plenum voraussichtlich mit ihm befassen. Man rechnet damit, daß der Reichstag auf die Beratung nur einen Tag verwenden und daß der Geichskanzler bei dieser Gelegenheit eine Rede halten wird.

*

bb. **Berlin, 12. Februar.** Im Anschluß an eine Besprechung der Parteiführer mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Herrn von dem Bussche nahm der Abgeordnete Trimborn Veranlassung, dem Reichskanzler und Staatssekretär von Kühlmann im Namen aller Parteien Dank und Anerkennung für den ersten Friedensschluß auszusprechen.

Was nun?

Von einem deutschen Politiker.

Der Spuk von Brest-Litowsk ist vorüber; ein kräftiger Windhauch hat ihm ein jähes Ende bereitet. Just in dem Augenblick, da der Friedensvertrag mit der Ukraine unterzeichnet worden ist, hat Herr Trotzki seine Sachen gepackt und ist nach Hause gefahren.

Und nun entsteht die Frage, was werden soll. Was werden die Mittelmächte tun, um der neuen Lage gerecht zu werden? Die ganz naiven Leute halten sich an das Wort von der Beendigung des Kriegszustandes, das Trotzki zurückgelassen hat, und von der Demobilisierung seiner Armeen, und meinen frohlockend, danach sei also der Krieg auf der ganzen Ostfront abgetan. Der Vierbund brauche jetzt nur eine gleichlautende Erklärung zu erlassen, und dann wäre alles wieder in schönster Ordnung. Aber wenn man nichts weiter beabsichtigt hätte in „Brest-Litowsk, als den Krieg aufhören zu lassen, dann hätte man sich dort viel Mühe und Arbeit sparen können. Schon das Beispiel des ukrainischen Friedensvertrages beweist, wie unendlich viele Fragen nach jahrelanger Kriegführung der Lösung harren und wie sich eine solche nur finden läßt, wenn auf beiden Seiten der ehrliche Wille vorhanden ist, zu einer annehmbaren Verständigung zu gelangen. Der Festlegung von Bedingungen für die Beendigung des Krieges aber hat Trotzki sich gerade entzogen und entziehen wollen, also haben wir alle Ursache, ihm nicht auf dem Wege zu folgen, den er beschritten hat. Für die Regelung der diplomatischen, politischen, konsularischen und wirtschaftlichen Fragen hat er zwar auf weitere Verhandlungen von Regierung zu Regierung und in den in Petersburg arbeitenden Kommissionen verwiesen. Aber diese Verhandlungen haben eben sinngemäß dem wirklichen Friedensschluß vorherzugehen; außerdem hat er die territorialen Fragen, die zwischen Rußland und den Mittelmächten der Erledigung harren, ganz vergessen, während gerade sie den Hauptpunkt unserer Auseinandersetzungen mit ihm gebildet haben. Also: so geht es nicht, wie Herr Trotzki es uns vormachen möchte, so ganz gewiß nicht, wenn nicht die Gefahr dauernder Konfliktsmöglichkeiten über dem Osten schweben bleiben soll.

Aber wie anders? Wir können die Russen natürlich nicht dazu zwingen, einen Vertrag zu unterschreiben, und selbst wenn sie dafür zu haben wären, was wäre damit gewonnen bei dem unsagbar zerrütteten Zustand des Landes? Immerhin drängt sich doch dem natürlichen Verstande zunächst die Erwägung auf, ob es nicht ein Gebot der Selbstachtung wäre, mit der Kündigung des Waffenstillstandes zu antworten. Denn wir haben ihn nur bewilligt, weil die russische Regierung den Wunsch hatte, mit uns Frieden zu schließen. Läßt sie dieses Ziel jetzt ihrerseits fallen, so muß auch die Waffenruhe wieder aufgehoben werden. Was danach zu geschehen hätte, ist wieder eine andere Frage. Es bliebe einmal abzuwarten, ob die Russen wirklich die Gesamtheit ihrer Truppenverbände auflösen, was z. B. angesichts des feindlichen Vorgehens der polnischen Legionen einigermaßen zweifelhaft erscheinen muß. Und ebenso würden wir es uns sorgfältig zu überlegen haben, welchen Gebrauch unsere Heerführer von der zurückgewonnenen Kampffreiheit zu machen hätten. Einstweilen aber würde es vollauf genügen, daß sie sich wieder in den Besitz dieser Freiheit setzen, um jederzeit in der Lage zu sein, etwaigen unbequemen Einfällen Trotzkischen Schlages nach Gebühr zu begegnen. Ganz zu schweigen von der Möglichkeit, daß wir wirklich genötigt werden könnten, die unglückliche Bevölkerung von Estland und Livland vor dem Allerschlimmsten zu bewahren — wie auch vor anderen Schicksalswendungen, auf die wir bei dem vulkanischen Zustand der russischen Verhältnisse jetzt jeden Augenblick gefaßt sein müssen. Die Kündigung des Waffenstillstandes würde auch dem russischen Volke deutlich vor Augen führen, wie schlecht es von Lenin und Genossen beraten und geführt wird, während andernfalls Herr Trotzki wahrscheinlich in Petersburg sehr bald wieder seine bekannten Triumphgesänge anstimmen würde. Es kann doch aber nachgerade gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß diese Revolutionsherrschaft, die das ehemalige Zarenreich jetzt als die seinige zu beklagen hat, nur ein schreckensvolles Ende nehmen kann, und daß wir gar kein Interesse daran haben, diese unvermeidliche Entwickelung auch nur um einen Tag lang aufzuhalten.

Wir warten also der Dinge, die da kommen sollen, und hoffen, daß unsere Staatsleitung auch in dieser schwierigen Lage den richtigen Weg finden wird.

Wilsons Antwort an Czernin und Hertling.

wtb. **Washington,** 12. Febr. (Reuter.) Wilson hielt heute folgende Rede an den Kongreß:

Am 8. Januar hatte ich die Ehre, zu Ihnen über die Kriegsziele zu sprechen, wie unser Volk sie auffaßt. Der englische Premierminister hat am 5. Januar in ähnlichen Ausdrücken gesprochen. Auf diese Reden antwortete der deutsche Reichskanzler am 26. Januar und Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn an demselben Tage. Es ist erfreulich zu hören, daß unser Wunsch so bald verwirklicht wird, daß nämlich jeder Austausch der Ansichten über diesen großen Gegenstand vor den Ohren der ganzen Welt vollzogen wird. Die Antwort des Grafen Czernin, die der Hauptsache nach an meine Adresse und meine Rede vom 8. Januar gerichtet ist, ist in einer sehr freundlichen Tonart gehalten. Er erblickt in meiner Erklärung eine hinreichend ermutigende Annäherung an die Auffassungen seiner eigenen Regierung, um seinen Glauben zu rechtfertigen, daß sie eine Grundlage für eine eingehendere Besprechung der Ziele durch die beiden Regierungen liefert. Er soll angedeutet haben, daß die Ansichten, die er zum Ausdruck gebracht hat, zuvor mir mitgeteilt worden seien, und ich sei zu der Zeit, als er sie äußerte, über diese unterrichtet gewesen. Hierin ist er aber sicherlich mißverstanden worden. Ich hatte keine Mitteilung von dem, was er zu sagen beabsichtigte, empfangen. Es war auch kein Grund vorhanden, weshalb er sich privatim mit mir hätte in Verbindung setzen sollen. Ich war zufrieden, zu seiner öffentlichen Zuhörerschaft zu gehören. Ich muß sagen, Graf Hertlings Antwort ist mehr unbestimmt und mehr verwirrend. Sie ist voll zweideutiger Sätze und es ist nicht klar, wohin sie führt; aber sie ist sicherlich sehr verschiedenen Tons von der des Grafen Czernin gehalten und augenscheinlich mit einem entgegengesetzten Zweck. Sie bestätigt leider mehr den unglückseligen Eindruck, den wir aus den Konferenzen in Brest-Litowsk gewonnen haben, als daß sie ihn beseitigt. Seine Erörterung und Annahme unserer allgemeinen Grundsätze führt zu keiner praktischen Folgerung. Er weigert sich, sie auf die wesentlichen Punkte anzuwenden, die den Inhalt jeder endgültigen Abmachung bilden müssen. Er ist mißtrauisch gegen eine internationale Aktion und gegen internationale Beratung. Er akzeptiere, wie er sagt, den Grundsatz öffentlicher Demokratie, aber er scheint darauf zu bestehen, daß diese wenigstens im vorliegenden Falle auf Allgemeinheiten beschränkt werden, und daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiet und Staatsoberhaupt, jene Fragen, von deren Lösung die Annahme seitens der 23 jetzt im Kriege befindlichen Staaten abhängt, nicht in allgemeinen Beratungen, sondern getrennt von den in ihrer Nachbarschaft nicht beteiligten Nationen erörtert und geschlichtet werden. Er stimmt der Freiheit zu, aber er ist zweifelhaft über irgendeine Beschränkung dieser Freiheit durch internationale, im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen. Er würde mit bedingungsloser Freude die wirtschaftlichen Schranken zwischen den einzelnen Ländern verschwinden sehen, weil diese in keiner Weise den Bestrebungen der Militärpartei, mit der er sich anscheinend bemüht, gute Beziehungen zu unterhalten, hinderlich sein würden. Ebensowenig erhebt er Einwände gegen eine Beschränkung der Rüstungen. Diese Angelegenheit wird sich, wie er glaubt, durch die wirtschaftliche Lage, die dem Krieg folgen wird, von selbst regeln. Die deutschen Kolonien aber, verlangt er, müssen ohne Erörterung zurückgestellt werden. Er will mit niemanden als mit Vertretern Rußlands über das, was mit den Völkern und Ländern der baltischen Provinzen geschehen soll, sprechen, mit niemanden als mit der französischen Regierung die Bedingungen, unter welchen das französische Gebiet geräumt werden soll, erörtern. Lediglich mit Oesterreich will er sprechen, was mit Polen geschehen soll. Die Lösung aller die Balkanstaaten betreffenden Fragen überweist er, wie ich ihn verstehe, Oesterreich und der Türkei, und die Vereinbarungen, die hinsichtlich der nichttürkischen, dem gegenwärtigen ottomanischen Reiche zugehörigen Völker getroffen werden müssen, den türkischen Behörden allein.

Nachdem ein Abkommen mit allen beiden in dieser Weise durch Einzelverhandlungen und Zugeständnisse erzielt ist, hätte er, wenn ich diese Erklärung richtig auslege, keine Einwendung gegen eine Liga der Nationen, die es unternehmen würde, das neue Gleichgewicht der Kräfte gegen Störung von außen zu sichern. Es muß für jeden, der erkennt, wie dieser Krieg die Meinung und Stimmung der Welt gestaltet hat, offensichtlich sein, daß auf solche Weise ein allgemeiner Friede, ein Friede, der die unendlichen Opfer dieser harten Leiden wert ist, nicht erreicht werden kann.

Die Methode, die der deutsche Reichskanzler vorschlägt, ist diejenige des Kongresses von Wien. Wir können und wir wollen nicht dahin zurückgehen. Was auf dem Spiele steht, ist der Weltfriede, was wir erringen wollen, ist eine neue Völkerordnung, aufgebaut auf den weitsichtigen und allumfassenden Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit, nicht bloß ein Friede von Nähten und Flicken. Es ist möglich, daß Graf Hertling dies nicht sieht oder nicht versteht. Lebt er mit seinen Gedanken tatsächlich noch in der verflossenen Welt? Hat er die Reichstagsentschließung vom 19. Juli vollkommen vergessen, oder übersieht er sie absichtlich? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausdehnung und nicht von Vereinbarungen von Staat zu Staat. Der Weltfriede hängt von der gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme ab, auf welche ich in meiner kürzlichen Botschaft an den Kongreß hingewiesen habe. Ich meine selbstverständlich, daß der Weltfriede von der Annahme irgendeiner bestimmten Gruppe von Vorschlägen über die Art, in welcher diese Probleme gelöst werden sollen, abhängt; was ich meine, ist lediglich, daß diese Probleme jedes für sich und insgesamt die ganze Welt angehen und daß, wenn sie nicht im Geiste selbstloser und unbeeinflußter Gerechtigkeit gelöst werden, im Hinblick auf die Wünsche natürlicher Zusammengehörigkeit und politischer Ansprüche, sowie auf die Sicherheit und den geistigen

Frieden der betreffenden Völker, kein Friede erreicht werden kann. Diese Probleme können nicht getrennt in abgeschiedenen Ecken erörtert werden, niemand darf davon ausgeschlossen werden. Was durch militärische Macht geschlichtet ist, wenn es in ungerechter Weise geschah, ist keineswegs beigelegt und müßte alsbald wieder von neuem angefangen werden. Ist sich Graf Hertling nicht bewußt, daß er jetzt vor einem Gerichtshof der ganzen Welt spricht, daß alle Völker der Welt nun über alles zu Gericht sitzen, was jeder Staatsmann, gleichgültig welchen Landes, über die Folgen des Konfliktes sagt, der sich nach allen Teilen der Welt ausgebreitet hat. Die Reichstagsentschließung vom Juli hat die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen; es soll weder Annexionen, noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz geben, es sollen keine Völker durch eine internationale Konferenz oder Vereinbarung zwischen den Gegnern von einem Staatsoberhaupt an das andere angegliedert werden. Nationale Ansprüche müssen beachtet werden. Die Völker dürfen nur noch gemäß ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden. Das Selbstbestimmungsrecht ist nicht eine bloße Phrase, es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handelns, den die Staatsmänner künftig nur auf eigene Gefahr mißachten werden. Wir können keinen allgemeinen Frieden haben, nur weil wir ihn verlangen oder er durch einfache Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengefügt wird. Alle Teilnehmer an diesem Kriege müssen sich zur Schlichtung jeder Frage, an der sie irgendwie beteiligt sind, zusammenfinden; denn was wir suchen ist ein Friede, den wir nur alle gemeinschaftlich garantieren und aufrechterhalten können. Jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteil unterstellt werden, ob er recht und billig sowie ein Akt der Gerechtigkeit und nicht etwa ein Handel zwischen Staatsoberhäuptern ist. Die Vereinigten Staaten haben keinen Wunsch, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen oder als Schiedsrichter in europäischen territorialen Streitigkeiten zu fungieren; es ist unter ihrer Würde, sich einer inneren Schwäche oder Zerrüttung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen. Sie werden es gern hinnehmen, wenn man ihnen verständlich macht, daß die Lösungen, die sie vorgeschlagen haben, nicht die besten oder dauerhaftesten sind. Sie sind lediglich ihre eigene provisorische Stütze der Grundsätze und der Art, in welcher sie angewendet werden sollen. Die Vereinigten Staaten sind jedoch in diesen Krieg eingetreten, weil sie, ob gewollt oder nicht, zu Mitbetroffenen an den Leiden und der Ungebühr, die von den militärischen Herren dem Frieden und der Sicherheit der Menschheit zugefügt wurden, gemacht worden sind. Und die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebenso sehr wie irgendeine andere Nation, der eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Zivilisation zufällt.

Wir sehen keinen Weg zu einem Frieden,

bis die Ursachen dieses Krieges beseitigt werden und ihre Wiederkehr soweit erreichbar unmöglich gemacht wird. Dieser Krieg hat seine Wurzeln in der Nichtachtung der Rechte der kleinen Nationen und Staaten, denen die Einigkeit und die Macht fehlt, ihre Ansprüche, ihre eigene Staatszugehörigkeit und ihre eigene Form des politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen und die vereinigte Macht aller Nationen, die die Gerechtigkeit lieben, müssen solche Dinge künftig unmöglich machen.

Wenn nun aber Gebietsfragen und politische Beziehungen der großen Völker, die keine organisierte Widerstandskraft haben, durch Verträge zwischen den mächtigen Regierungen, die sich für nächstbeteiligt halten, bestimmt werden sollen, wie Hertling vorschlägt,

warum nicht auch wirtschaftliche Fragen?

Die internationalen Beziehungen der Völker werden eben so sehr berührt wie der Zutritt zu den Rohmaterialien und zu billigen, gleichen Handelsbedingungen. Graf Czernin scheint einen klaren Blick über die fundamentalen Elemente des Krieges zu haben, jedoch scheint er sie verdunkeln zu wollen. Er sieht ein, daß ein unabhängiges Polen aus allen Ländern der polnischen Rasse gebildet werden muß; er sieht ferner ein, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß. Wenn er über Fragen schweigt, die die Interessen und Absichten seiner Verbündeten näher als die Oesterreich-Ungarns berühren, so ist das natürlich, und er fühlt, daß Oesterreich auf die Kriegsziele, wie sie von den Vereinigten Staaten ausgedrückt wurden, mit weniger Schwierigkeiten eingehen kann, als dies Deutschland möglich ist. Er würde wahrscheinlich noch weiter gegangen sein, wenn er auf Oesterreichs Bündnis und seine Abhängigkeit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gehabt hätte. Die Untersuchung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Austausch der Ansichten fortzuschreiten, ist einfach und klar. Die anzuwendenden Grundsätze sind folgende:

1. daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit, in dem bestimmten Falle auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird;

2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden;

3. daß jedoch jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen worden ist, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines Ausgleiches und Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;

4. daß alle klarumschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würde.

Einen allgemeinen Frieden auf solchen Grundlagen errichtet, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede gesichert ist, haben wir keine andere Wahl, als

den Krieg fortzusetzen.

Soweit wir es beurteilen können, sind diese Grundsätze schon überalla ls zwingend akzeptiert worden, außer von den Wortführer der deutschen Militär- und Annexionspartei. Es ist ein tragischer Umstand, daß diese eine Partei in Deutschland willens und befähigti st, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verhindern, was alle Welt nur als gerecht ansieht. Ich wäre kein wahrhafter Wortführer des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagen würde, daß wir in diesen Krieg nicht wegen eines kleinen Anlasses eingetreten sind und daß wir auf dem grundsätzlich eingeschlagenen Wege niemals umkehren können. Unsere Hilfsquellen sind jetzt teilweise mobilisiert, und wir werden nicht ruhen, bis das nicht im Ganzen geschehen ist. Unsere Truppensendungen werden noch beschleunigt werden. Unsere ganze Kraft in diesem Kriege wird zur Befreiung von der Bedrohung und von der Vorherrschaft selbstsüchtigen Gruppen von autokratischen Herrschern eingesetzt werden. Wir sind in unserer Kraft der unabhängigen Tat unbezwinglich und können unter keinen Umständen zustimmen, in einer Welt, die von Ränken und Gewalt regiert wird, zu leben.' Wir glauben, daß unser eigenes Verlangen nach einer neuen Weltordnung, in der Vernunft, Gerechtigkeit und das allgemeine Interesse der Menschheit regiert, das Verlangen der aufgeklärten Menschen überall ist. Ohne diese neue Weltordnung wird die Welt ohne Frieden bleiben, erträgliche Existenz- und Entwicklungsbedingungen werden fehlen. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht umkehren. Kein Wort, was ich gesagt habe, ist als Drohung gemeint. Ich habe so gesprochen, nur damit die ganze Welt die wirkliche Stimmung Amerikas kennen lernen möge. Die Macht der Vereinigten Staaten ist für keine Nation und kein



Volk eine Bedrohung, sie entspringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.

*

Antwort an Kriegsminister Baker.

Die Amerikaner sind doch unübertroffene Meister der Heuchelei. Sie waren es nicht von jeher; im Gegenteil, ihre unstaatsmännische Derbheit auch im diplomatischen Verkehr, ihre hemdsärmelige Redeweise selbst gekrönten Häuptern gegenüber hat schon manchem biederen Europäer die Haare zu Berge getrieben. Aber der intime Umgang mit den Engländern hat auf ihre ganze Denk- und Sprechweise deutlich abgefärbt, und unter Anleitung des Herrn Wilson, dessen selbstgefällige Stilübungen in Noten und Botschaften auf wahrhaft fruchtbaren Boden gefallen sind, hat zum mindesten das amtliche Amerika es in verhältnismäßig kurzer Zeit nachgerade so weit gebracht, daß es jeden Wettbewerb auf dem Gebiete innerer Unwahrhaftigkeit ruhig aufnehmen kann. Hat doch ein ziemlich ernsthafter Mann wie der Kriegssekretär Baker es dieser Tage fertig gebracht, die Nachricht von der Torpedierung des Truppentransportdampfers „Tuscania" an der irischen Küste als eine neue Bestätigung unseres Barbarentums zu bezeichnen. Wir könnten eben nicht anders, als den Tiefstand unserer Moral durch solche Schandtaten immer wieder von neuem zu bekunden. Jeder Amerikaner müsse die Versenkung dieses Schiffes als eine deutsche Herausforderung empfinden und er werde darauf die richtige Antwort zu geben wissen. Dafür werde er, Herr Baker, schon sorgen. Dieses schöne Wort drohte in der allgemeinen Aufregung um und über Brest-Litowsk unbeachtet verloren zu gehen. Aber es wäre schade darum, und so wollen wir doch noch einen Augenblick bei ihm verweilen.

Als im Sommer 1914 in Europa kaum die ersten Kriegserklärungen ausgetauscht waren, stellte flugs Herr Wilson sich mit der ersten Neutralitätsversicherung ein. Mancher von uns staunte über diese Eilfertigkeit, denn nichts in der Welt schien uns damals klarer und selbstverständlicher als daß der hier ausgebrochene Völkerzwist die Menschheit jenseits des großen Wassers auch nicht im geringsten etwas anginge. Im Rückblick auf die traurigen Erfahrungen, die wir seither gesammelt haben, müssen wir sagen, daß wir besser daran getan hätten, die Botschaft aus Washington mit mehr Mißtrauen aufzunehmen; manche Enttäuschung wäre uns dann erspart geblieben. Aber immerhin, es dauerte nicht gar zu lange, bis wir darüber aufgeklärt wurden, was man in der Neuen Welt unter Neutralität verstand. Kaum hatten die ersten Kriegsmonate den Ententestaaten gezeigt, wie ungeheuer der Munitionsverbrauch und der Materialverschleiß in diesem völkermordenden Ringen sich gestaltete, da sandte sie ihre goldbeschwerten Agenten nach Amerika hinüber, um die geschäftstüchtigen Fabrikanten in Newyork und Chikago, in St. Louis und St. Franzisko vor oder hinter ihren Kampfwagen zu spannen. Erst vereinzelt, dann in immer riesenhafter anschwellenden Massen kamen die neutralen amerikanischen Granaten über den Atlantischen Ozean herübergeschwommen, und zu den Granaten gesellte sich bald jeglicher Kriegsbedarf, von Maschinengewehren bis zu Flugmaschinen, von Hufeisen bis zu Schiffsgeschützen, der vergifteten Geschosse nicht zu vergessen, deren Erfinder und Hersteller sich in den öffentlichen Blättern ihrer Heldentaten rühmen durften — unter den Augen des Menschenfreundes Wilson, der sich unterdessen unausgesetzt auf seine Rolle als Friedensvermittler vorbereitete. Allmählich wurde die ganze gewaltige Industrie der Vereinigten Staaten auf die einträglichen Kriegslieferungen für unsere Feinde eingestellt und ihr folgte mit dem gleichen hingebenden Eifer die Hochfinanz mit Darlehen, Vorschüssen und Anleihen in ungezählten Milliarden, so daß schließlich auch den gutgläubigsten unter uns die Augen aufgingen. Der Krieg hätte ganz gewiß nicht das Jahr 1915 überdauert, wenn Herr Wilson dieses Treiben nicht seelenruhig zugelassen, ja durch seine immer feindseliger werdenden Reden nicht noch nach Kräften ermuntert hätte. So stellte er uns vor die unerhörteste Herausforderung, die in unserer Lage überhaupt zu denken war, und als wir den Kampf gegen die völkerrechtswidrige Blockpolitik der Engländer aufnahmen, trat er selbstverständlich sofort auch in diesen Konflikten auf die Seite unserer Gegner. Er ließ sich jede Handelsbeschränkung von britischer Seite, jede Verkehrsbelästigung ruhig gefallen, während er unserer Abwehr mit Strafpredigten in den Arm fiel. Unsere Geduld schien unerschöpflich, unsere Nachsicht grenzenlos — bis wir uns endlich vor einem Jahre dazu entschließen mußten, unsere Seeherrschaft auf den Straßen des Meeres aufzurichten, um uns nicht von gesetzloser Willkür einfach erdrosseln zu lassen. Da ließ Herr Wilson endlich die Maske fallen. Mit dem bei ihm nun einmal unvermeidlichen Schwall von salbungsvollen Redensarten überhäufte auch er uns nun mit der offenen Kriegserklärung. Damit nicht genug, stiftete er noch ein halbes Dutzend anderer Staaten zu der gleichen Entschließung an, und nun kennt er kein höheres Ziel als an der Vernichtung Deutschlands mitzuarbeiten, da bei diesem edlen Werke die Führung zu gewinnen. Er mag sich beeilen, ehe es zu spät wird, denn es sieht fast so aus, als wollten wir wieder einmal eine Führung übernehmen, die Herrn Wilsons Weltbefreierrolle ernstlich gefährden könnte. Aber was Amerika als solches betrifft, so hat es uns, seitdem wir gegen eine Welt von Feinden im Kampfe stehen, mit einem wahren Trommelfeuer von Herausforderungen überschüttet — und nun kommt Herr Baker und jammert über die deutsche Herausforderung, weil wir uns erlaubt haben, diese Truppendampfer auf den Grund des Meeres zu versenken. Sollte man in Amerika wirklich geglaubt haben, daß der europäische Krieg mit Rosenwasser ausgefochten wird? Dann hätten die Herrschaften ihre Schiffsladungen mit Munition und Kriegsbedarf aller Art doch lieber für sich behalten sollen. O nein, dieser Krieg ist kein unterhaltender Sport, er ist blutigster Ernst, und wer sich in seine Gefahrzone begibt, der muß schon darauf gefaßt sein, daß ihm etwas Unmenschliches zustößt. Also wird Herr Baker mit weiteren „Herausforderungen" dieser Art rechnen müssen — so lange er fortfährt, Söhne seines Landes auf die europäischen Schlachtfelder zu schicken, wo sie nichts zu suchen haben. Denn im Grunde genommen sind wir Deutsche auch noch Menschen sozusagen, zu deren Vorrechten es gehört, sich zu wehren, wenn ihnen ein Verbrecher an's Leben will. Davon werden wir zugunsten der Amerikaner ganz gewiß keine Ausnahme machen. *Dr. Sy.*

*

Wann wird Amerikas Heer gerüstet sein?

Der Kriegsminister weiß es nicht.

Die Tage der Ministerherrlichkeit Mr. Bakers scheinen übrigens gezählt. In einem Ausschuß des Kongresses wurde ihm von einem Senator vorgeworfen, das amerikanische Volk getäuscht zu haben, als er erklärte, die amerikanischen Truppen seien genügend ausgerüstet. Und noch andere falsche Vorspiegelungen wurden ihm vorgeworfen, ohne daß er sich hätte rechtfertigen können. Auf die Frage, wann die vollständige Ausrüstung der sämtlichen amerikanischen Truppen zu erwarten sei, erklärte Baker, keine bestimmte Antwort geben zu können . . .

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

12. Februar. An vielen Stellen der Westfront Artillerietätigkeit. — Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden lebhafter Feuerkampf. Am Sasso Rosso werden 6 Offiziere und 170 Mann gefangen.

Deutscher Heeresbericht.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 12. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz. An vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit. Infanterieabteilungen führten südlich von St. Quentin und auf dem östlichen Maasufer am Caurières-Walde erfolgreiche Erkundungen durch und machten dabei Gefangene.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Zwischen Fliry und der Mosel Artillerie- und Minenkampf, der sich heute morgen besonders in der Gegend von Remenauville verschärfte.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Die militärische Lage ist an der Front gegenüber den Großrussen und Rumänen unverändert.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden tagsüber lebhafter Feuerkampf. Im örtlichen Angriff säuberten österreichisch-ungarische Truppen feindliche Stützpunkte am Südhange des Sasso Rosso und nahmen dabei 6 Offiziere und 170 Mann gefangen.

Von der mazedonischen Front nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

*

Meutereien im französischen Heer.

Da der Dienst im französischen Heer immer härter und die Strafen immer schärfer werden, so bilden Meutereien keine Seltenheit. Die Soldaten des 74. Regiments haben sogar ihre Fahne in Stücke gerissen. Maschinengewehre und die 15. Dragoner mußten aufgeboten werden, um die Meuterer nach ihrer Überwältigung zu überwachen. Der Regimentskommandeur war verzweifelt aber gänzlich machtlos.

*

Der U-Boot-Krieg.

20000 B.-R.-T. versenkt.

TU. Berlin, 13. Februar. (Amtlich.) Neue U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatze 20000 B.-R.-T. Die versenkten Schiffe waren meist tief beladen. Unter ihnen befanden sich zwei große Dampfer von etwa 5000 B.-R.-T., deren einer der Biby-Linie angehörte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Englische Tauchbootlügen.

Gegenüber den von England verbreiteten Gerüchten, daß die Moral der Besatzungen der deutschen Tauchboote stark gelitten habe, erklärte der amerikanische Admiral Benson am 3. Januar vor dem Marineausschuß des Kongresses, die fraglichen Gerüchte seien unsinnig. Aus den Verhören deutscher Gefangener sei zu entnehmen, daß die Moral der Tauchbootbesatzungen die beste in der deutschen Marine sei. Benson legte gleichzeitig dar, daß der Typus der sogenannten Tauchbootjäger die Erwartungen nicht erfüllt habe und die Bauten daher beschränkt worden seien.

Feindliche Luftangriffe im Januar.

Im Monat Januar hat der Gegner 31 Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet unternommen, davon galten 15 dem lothringisch-luxemburgischen Industriegebiet und 14 den offenen deutschen Städten Ludwigshafen, Freiburg (je drei Angriffe), Trier (zwei Angriffe), Friedrichshafen, Rastatt, Offenburg, Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg (je ein Angriff). Wenngleich die Zahl der Angriffe gegen über dem Vormonat (13 Angriffe) infolge der günstigeren Wetterlage bedeutend stieg, so waren doch für uns

Schäden und Verluste glücklicherweise geringer als im Vormonat. Die Opfer der Angriffe waren insgesamt 5 Tote und 9 Verletzte. Der Sachschaden war in allen Fällen unerheblich; die wenigen Bomben, die auf die Werke unserer Rüstungsindustrie fielen, haben keine nennenswerte Betriebsstörung zur Folge gehabt. Der Gegner büßte bei diesen Angriffen vier Flugzeuge ein.

Im Anschluß an den Vergeltungsangriff der deutschen Flieger auf Paris ist verschiedentlich wieder die Frage aufgeworfen worden, welche kriegführende Macht zuerst Fliegerangriffe gegen hinter der Front gelegene Städte unternommen habe. V. G. Grey erklärt in der Londoner Fachzeitschrift „Aeroplane“: „Die ersten Fliegerbomben in diesem Kriege wurden von englischen Marineflugzeugen auf Düsseldorf, Köln und Friedrichshafen geworfen. Das beweist, daß damals die Engländer den Nutzen von Bombenabwürfen erkannten. Es kann einem übel werden, wenn jetzt fortwährend nach Vergeltungsmaßregeln geschrien wird.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✣ Der Zusammenschluß der thüringischen Staaten ist durch den Krieg seiner Verwirklichung näher geführt worden. Mehrere Landtage haben ihre Staatsregierungen aufgefordert, mit den übrigen thüringischen Staatsregierungen in einen Meinungsaustausch darüber einzutreten, wie der unerquicklichen, die Staatsausgaben vermehrenden und die Bevölkerung zum Teil belästigenden Kleinstaaterei zu steuern sei, und das Ergebnis dieser Besprechungen den Volksvertretungen zur erneuten Stellungnahme vorzulegen. Freie Zusammenkünfte thüringischer Landtagsabgeordneten aller Parteien sind in Vorbereitung. In den verschiedensten Teilen Thüringens befassen sich politische Vereine mit den Vereinheitlichungsbestrebungen. Bevor dem allseitigen Wunsch nach größerer Einheitlichkeit in Gesetzgebung und Verwaltung der thüringischen Staaten und einem großzügigen Gebietsaustausch — notwendig ist auch die Beteiligung Preußens — entsprochen wird, wird aber noch viel Arbeit zu leisten sein. Am dringendsten ist zurzeit die Beseitigung der wirtschaftlichen Schranken, die in dem Staatengewirr ganz unhaltbare Zustände gezeitigt haben.

✣ Eine bedeutsame Erklärung gab Reichskanzler Graf Hertling über die preußische Wahlreform in einer Unterredung ab, die er mit dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses, Grafen Schwerin-Löwitz, hatte. Graf Hertling meinte, ihm sei in letzter Zeit von verschiedenen Seiten — auch in der Presse — unterstellt worden, daß er nicht mehr mit der gleichen Entschiedenheit, wie bei seinem Amtsantritt, für die Wahlreformvorlage eintrete. Er müsse die Unterstellung mit aller Schärfe zurückweisen. Denn er habe sein Wort gegeben, für die Wahlreform eintreten zu wollen und werde dieses Wort halten. Er erkenne zwar durchaus an, daß eine für die ganze Zukunft Preußens und des Reiches so entscheidend bedeutungsvolle Vorlage, wie es die preußische Wahlreform sei, eine sehr gründliche und eingehende Durchberatung erfordere und daher nicht in kurzer Frist erledigt werden könne. Aber er müsse Wert darauf legen, keinen Zweifel an seinem unveränderten Willen aufkommen zu lassen, die Reform mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zustande zu bringen.

✣ Die sächsische Regierung schlägt dem Landtage in einem Gesetzentwurfe vor, den Gemeindebeamten die Wählbarkeit zu den Gemeindevertretungen zu gewähren. Ferner ist dem Landtage ein Sparkassengesetz zugegangen, es stellt das Sparkassenwesen in Sachsen auf eine straffere gesetzliche Grundlage. Von Bedeutung sind die Bestimmungen, daß jede Veränderung des Einlagezinsfußes der Genehmigung der Regierung bedarf und daß die Sparkassen mindestens 25% des verzinslich angelegten Vermögens in mündelsicheren Papieren, und zwar mindestens 8% in Schuldverschreibungen des sächsischen Staates, anzulegen haben.

✣ Nachdem der Verfassungsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses die weitere Beratung der Herrenhausvorlage bis Mittwoch vertagt hatte, entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über einen Antrag von konservativer Seite, die Beratung der Wahlrechtsvorlage und vorher die etatsrechtliche Vorlage über die Befugnisse beider Häuser zu erledigen. Nach längerer Aussprache wird beschlossen, nach Erledigung der Herrenhausvorlage die Wahlrechtsvorlage zu beraten.

✣ Die Münchener Kriegsakademie hat Anlaß zum Streit zwischen Nord und Süd gegeben, weil der preußische General d. Inf. Frhr. v. Manteuffel kürzlich geäußert hatte, ob die Kriegsakademie in München nach dem Kriege noch als eigene Akademie beizubehalten sein werde, erscheine im Interesse einer einheitlichen Ausbildung in der deutschen Armee sorgfältigster Erwägung bedürftig. Die Norddeutsche Allg. Ztg. stellt dazu als Regierungsorgan fest, daß nach ihrer Kenntnis der Dinge keinerlei Änderungen unserer Militärverfassung, weder im Kriege noch nach dem Kriege, geplant sind, die an die Reservatrechte Bayerns rühren könnten.

Österreich-Ungarn.

✖ Die Stellung der österreichischen Regierung ist nach dem Beschluß des Polenklubs, der gegen sie ausgefallen ist, außerordentlich schwierig geworden. Es galt bisher als unmöglich, daß eine Regierung gegen den Polenklub regieren könnte. Da jetzt der Polenklub sich gegen die Regierung wendet, so muß Ministerpräsident Seidler nach einer anderen Mehrheit suchen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird nun die Entscheidung bei den deutschen Sozialdemokraten liegen.

Aus In- und Ausland.

München, 12. Febr. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. v. Krause ist heute vom König in Audienz empfangen worden.

Stockholm, 12. Febr. Die gesamte schwedische Presse bezeichnet den Friedensschluß zwischen der Ukraine und den Mittelmächten als einen außerordentlichen Erfolg der letzteren.

Sofia, 12. Febr. Ministerpräsident Radoslawow hat dem Kabinett telegraphisch seine Glückwünsche aus Anlaß des Kriegsendes an der Ostfront ausgesprochen.

Genf, 12. Febr. Die französische Presse ist der Ansicht, daß nach dem Friedensschluß mit der Ukraine die Mittelmächte in der Lage sind, Osteuropa nach ihren Wünschen zu organisieren.

Geburtenrückgang.

Ein auf dem Lande wohnender Feldgrauer schreibt uns:

Wenn man jetzt so oft in den Zeitungen von dem Geburtenrückgang in Deutschland liest, und da von den Wegen hört, die eingeschlagen werden sollen, um dieses drohende Gespenst erfolgreich zu bekämpfen, dann kann man sich doch tatsächlich eines mitleidigen Lächelns kaum erwehren. Wer offene Augen hatte und unser Volksleben kannte, der mußte doch schon vor vielen Jahren einsehen, daß in keinem europäischen Lande, ausgenommen Frankreich, die Abnahme der Geburten so rapid fortgeschritten sei, als in Deutschland. Warum erhoben sich denn nicht schon vor einem Dezennium maßgebende Stimmen gegen diesen allmähligen Untergang des Volkes? Freilich die katholische Kirche betrachtet die Ehe als Heiligtum. Ihr ist der Geburtenrückgang eine Gewissensfrage. Sie hat immer die künstliche Verhinderung der Geburten streng, ja sehr streng verurteilt. Jetzt wird sie in diesem Kampfe vielfach von ärztlichen Autoritäten unterstützt. Aber wie war es damit etwa vor 10 oder 20 Jahren? Waren es nicht gerade die Aerzte, welche gewisse Mittel offen und geheim anpriesen oder empfahlen? Konnte man nicht in vielen Zeitungen Deutschlands und vielen Broschüren diese Anpreisungen tagtäglich finden? Hätte man nun damals nicht dieses Uebel schon von der Behörde in der Wurzel ersticken müssen? Aber man folgte überall dem Zuge der Zeit. Die mit vielen Kindern gesegneten Eltern wurden bemitleidet und bedauert, man hielt sie für beschränkt und sah sie von „oben herab an“. Schreiber wohnt auf dem Lande und ist Vater vieler Kinder. Aber wie oft ist ihm Gesagtes klar zum Bewußtsein gebracht worden und sogar von Leuten, denen man ein besseres und sittliches Urteil zutrauen mußte. Jetzt, „nachdem das Kind ertrunken ist,“ will man den Brunnen zudecken und alle Hebel in Bewegung setzen um das Ansehen der kinderreichen Familien wieder hochzubringen. Wird man dazu wohl die richtigen Mittel und Wege finden oder besteht die Gefahr, daß der Anfang eines Endes herbeikommt, daß alle, die unser Volk lieben, sich weit entfernt von ihm wünschen möchten. Dieses aber wird nicht kommen, wenn beim ganzen deutschen Volke der Beruf der Eltern durch die Religion geadelt wird. Erst dann wird die Furcht vor dem Kinde verschwinden und an seine Stelle Liebe und Hochachtung treten. Es ist freilich keine geringe Aufgabe, Kinder gut zu erziehen. Die Eltern müssen viele Jahre lang mit gleicher Ausdauer leiten, ermahnen, stützen, erinnern und helfen. Sie sollen liebevoll sein und nie müde werden, auch wenn sie nicht sofort Erfolg sehen. Sie sollen die unbedeutendsten Kleinigkeiten nicht aus den Augen verlieren, für alles sorgen. Der Beruf des Erziehers, der Eltern, ist zwar schwer, aber er ist eine große Heldentat. Tausendmal leichter ist es, in der Stunde der Begeisterung eine große Tat zu vollführen, als Tag für Tag, Jahr für Jahr unzählige kleine Mühen und Lasten tragen. Leichter ist es dem feindlichen Geschütze zu trotzen, mutig die Schanzen zu stürmen, große Reden zu schwingen, als Jahrzehnte Kinder zu hegen und zu pflegen, zu erziehen, zu haben und zu veradeln. Diese Arbeit ist das Heldentum der Eltern. Erst wenn unser deutsches Volk durch die Religion für dieses Heldentum begeistert werden kann und die Eltern einer zahlreichen gut erzogenen Kinderzahl sich im Volke einer großen Hochachtung erfreuen, dann sind wir auf dem Wege der Umkehr. Hoffen wir, daß es Kirche und Staat gelingen wird, diese Umkehr zu bewirken zum Heile unseres Volkes. Kr.

Lokaler Teil.

Eine Anregung zum Schulzeugnis.

Die Spuren der kriegerischen Zeiten sind an dem Schulzeugnis deutlich sichtbar. Viel Schulversäumnisse sind verzeichnet, soviel, wie man im Frieden nie für möglich gehalten hätte. Die Nummern für die Leistungen sind heruntergegangen und gefallen noch mehr, sodaß im Elternhaus des Jammerns kein Ende ist. Daß unter den obwaltenden Verhältnissen geradezu ungeheuerliche Störungen für den Unterricht entstehen, daß es übermäßige Hemmnisse zu überwinden gibt, wird oft nicht bedacht; die jetzigen Schulzeugnisse sollte man aber mit denen aus der Friedenszeit nicht vergleichen.

Indessen könnte versucht werden, dem Zeugnisse eine gute Seite hinzuzufügen. Die Schule veranlaßt häufig die Schüler, in der Kriegsfürsorge tätig zu sein. Die Kinder sind die eifrigsten Sammler geworden; sie haben selbst im häßlichen Wetter versucht, die Straßen zu reinigen und den Fuhrwerken freie Bahn zu machen. Unseren Schülern, großen und kleinen, in höheren und in niederen Schulen, kann man in der Kriegszeit mit jeder Zumutung, dem Allgemeinwohl zu dienen, kommen, und man wird keine Fehlbitte tun. Warum nun nimmt das Schulzeugnis auf die Dienstwilligkeit und Opferbereitschaft keine Rücksicht? Die Schule sollte doch auch im Zeugnis durch eine passende Bemessung anerkennen, was und wie ein Junge oder ein Mädchen in den schweren Tagen der Kriegszeit Gutes für uns getan hat. Die Schule hat ja zu derartigen Arbeiten die Anregung gegeben und hat ein Interesse daran, daß die Jugend sich betätigt. Dem Zeugnisse würde durch eine Beurteilung dieser selbstlosen Wirksamkeit eine eigenartige und erfreuliche neue Seite hinzugefügt werden, die in späteren Zeiten gewiß ein schönes Erinnerungszeichen an die schweren Tage, die wir durchleben, sein würde.

* **Die Sommerzeit 1918.** In diesem Jahre beginnt die Sommerzeit am 1. April und endet am 14. Oktober. Die Erfahrungen, die man während des Krieges mit der Sommerzeit gemacht hat, sind überwiegend gut. Ihre Vorteile, vor allem die bedeutende Lichtersparnis, sind so unzweifelhaft, daß man über einige kleine Unbequemlichkeiten, die sich hier und da gezeigt haben, gern hinwegsehen kann.

✣ **Mit der Erhöhung der Teuerungszulagen für die Staatsbeamten** ist in nächster Zeit bestimmt zu rechnen. Das preußische Finanzministerium beabsichtigt, dem Landtag dahinzielende Vorschläge zu unterbreiten. Es liegen verschiedene Pläne dazu vor, die jedoch noch keine feste Gestalt angenommen haben und auch im Staatsministerium noch nicht durchberaten sind. Über die Höhe dieser Zulagen und die Form, in der sie gegeben werden sollen, hat man sich, wie uns mitgeteilt wird, an zuständiger Stelle noch in keiner Richtung entschieden.

* **Mehr Weißkohl und Sauerkraut.** Die Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt mit, daß die diesmalige Bedarfsmeldung der Armeeverwaltung an Weißkohl und Sauerkraut das Dreifache des Vorjahres ausgemacht habe, so daß für den Bedarf der Zivilbevölkerung nichts übriggeblieben sei. Infolge der Herabsetzung der Heeresansprüche seien jetzt 800 000 Zentner für die Zivilbevölkerung freigeworden, die noch im Laufe des Februar verteilt werden sollen. Möglicherweise erfolgt im März oder April eine abermalige Verteilung.

* **Beirat für Städtebau und städtisches Siedlungswesen.** Eine ganze Reihe von Stadtgemeinden hat sich in letzter Zeit an die Geschäftsstelle des Beirats im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten gewendet, um sich in Fragen ihres Bebauungsplans, wegen Bearbeitung von Kleinsiedlungsplänen, Aufstellung von Bauordnungen und Ortsstatuten zu unterrichten und unentgeltlich gewährten Rat einzuholen. Nebenher sind die besonders gebildeten Ausschüsse mit einigen allgemeinen Fragen befaßt, die angesichts der bevorstehenden Schwierigkeiten in der Wohnungserstellung für Minderbemittelte besonders dringlich erscheinen, wie die Gewährung von baupolizeilichen Erleichterungen für Kleinhäuser, für Notbauten und für Kleinwohnungen in Mittel- und Großhäusern, die Gewinnung von Einheitsformen für Kleinwohnungsbauten und für Stücke der inneren Einrichtung und der Konstruktionsteile, ferner die Gewinnung der Grundlagen für die Aufstellung der Bebauungs- und Fluchtlinienpläne u. dergl. Zur Beratung dieser Vorlagen werden die beiden Hauptausschüsse, nämlich I für Bebauungspläne und II für Kleinwohnungsbau voraussichtlich noch im Laufe dieses Vierteljahrs erneut zusammentreten, während die Vollsitzung des Beirates für die erste Hälfte des April in Aussicht genommen ist.

Freigesprochen.

49) Vaterländischer Familien-Roman von Ludwig Butzer.

(Nachdruck verboten.)

Es waren mehr als sieben Jahre her, seit ich Rosa zum letztenmal gesehen hatte, und doch glaubte ich, als ich an jenem Silvesterabend an ihrem Krankenlager saß, wir seien niemals getrennt gewesen. Nach einiger Zeit fragte ich sie mit leisem Vorwurfe, warum sie in den vielen Jahren mir nie Gelegenheit gegeben habe, mit ihr zusammenzutreffen.

„Ich war stets bei dir im zweiten Gesicht“, erwiderte sie mit schwacher Stimme. „Mein Verhalten war notwendig zu deinem und meinem Besten. Ich weiß, daß du mich ebenso liebst, wie ich dich liebe.“

„Und willst du mir auch in Zukunft alle Möglichkeit benehmen, dich zu treffen?“ fragte ich.

„In Zukunft?“ versetzte sie mit einem eigentümlichen Lächeln. Dann sah sie mich lange schweigend an, und ihre großen, schönen Augen glänzten seltsam als sie fortfuhr: „Ich hoffe, Otto, daß ich immer um dich sein kann, bis wir uns wiedersehen.“

Eine trübe Ahnung beschlich mich. Ich konnte meinen Schmerz nicht mehr zurückhalten und mußte weinen.

„Wir sehen uns wieder, Otto — nach vielen Jahren“, fuhr sie fort, und ihr Blick nahm jenen starren, geistesabwesenden Ausdruck an, den ich schon als Knabe wiederholt an ihr beobachtet hatte. „Ich seh' den Ort . . . ein Wald ein Park ist es. An den Ufern eines ruhig fließenden Baches und über diese hinaus stehen Lärchen, Akazien, Ahornbäume. Auf den beiden Seiten steigen grüne Höhen an; Haselnuß- und Schlehdorngebüsch zieht sich hinauf. Pulverdampf . . . Kämpfende, Verwundete, Tote . . . Otto, — dort — dort . . .“

Sie brach plötzlich ab, und ihr Kopf sank in die Kissen zurück. Mit umflorten Augen prüfte ich ihre Gesichtszüge und lauschte atemlos. Ihre Finger umschlossen krampfhaft meine Hand.

„O, mein armes, armes Kind!“ jammerte plötzlich ihr Vater. „Herr Leutnant, die Rosa ist nicht mehr.“

Einige Minuten später drückte ich ihr die halbgeschlossenen Augen zu. — Mein Jugendtraum war zu Ende.

Schwarzwild hatte die letzten Worte mit bebender Stimme gesprochen. Nun saß er gesenkten Hauptes da und sann schweigend vor sich hin. Längere Zeit herrschte Stille; nur die Atemzüge der Schlafenden waren zu vernehmen.

„Das war eine schöne, entsagungsvolle Liebe mit sehr traurigem Ausgang“, begann Schütz endlich.

„Wir wollen nicht sentimental werden, alter Freund,“ erwiderte Schwarzwild im gewohnten Plaudertone. „Die Zeit läßt bekanntlich alle Wunden vernarben, und auch ich bin alt und dick geworden, wie Sie sehen. Haben Sie noch einen Tropfen, lieber Hartfeld?“

„Mehrere Flaschen noch“, erwiderte dieser. „Verzeihen Herr Hauptmann, wenn ich bei Ihrer Erzählung darauf vergaß —“

„Bitte sehr, lieber Freund . . . einen halben Becher noch; danke vielmals, Prosit, meine Herren!“

„Sie haben ein warmfühlendes Herz, Herr Hauptmann,“ sagte Berger, den der Schluß der Erzählung auffallend erregt hatte. Er erhob sich bei diesen Worten und trat zu Schwarzwild heran. „Prosit, Otto! es gilt Schmollis.“

„Die Freundschaft des Herrn Majors ehrt mich sehr“, versetzte Schwarzwild freudig überrascht, indem er den Becher leerte.

„Ich habe dich schon längst in mein Herz geschlossen, Otto“, sagte Berger herzlich, während sie sich die Hände drückten, und mit deiner Erzählung hast du mir einen tiefen Blick in dein Inneres gestattet. Eines interessiert mich sehr: Glaubst du an das letzte Gesicht deiner verstorbenen Herzensfreundin?“

„Ich glaube sicher, daß ich meinen Tod auf dem Schlachtfelde finde“, antwortete Schwarzwild. „Ob in diesem oder einem späteren Kriege, das weiß ich nicht.“

Wieder trat ein längeres Schweigen ein, das durch einen in der Dunkelheit auftauchenden Reiter unterbrochen wurde.

„Herr Adjutant, suchen Sie mich?“ rief Berger denselben an.

„Jawohl, Herr Major,“ erwiderte dieser, rasch näher kommend. „Der Herr Brigadekommandant läßt den Herrn Major bitten.“ — „Wo ist der Herr General?“

„Bei Aillicourt, Herr Major. Seine Exzellenz, der kommandierende General, sind soeben angekommen. Die Herren befinden sich von hier aus links des Weilers, auf dem im Bau begriffenen Bahnkörper Sedan-Moucon.“

„Danke, Herr Adjutant,“ sagte Berger grüßend. Dann verabschiedete er sich rasch von Schwarzwild und den beiden Freunden. Hartfeld war auf den Adjutanten zugeeilt, um ihm einen Becher Wein anzubieten, den dieser dankend leerte. Dann bat Hartfeld den Major, ob er ihn nicht bis zum Feldstalle begleiten dürfe. Berger nahm das Anerbieten freudigst an.

„Herr Major, ich gehe so ungern nach Nemilly zurück“, begann Hartfeld, während sie rasch dahinschritten. „Ich möchte bei der Kompagnie, möchte an der Seite des Herrn Major bleiben.“

„Das kann nicht sein, Hartfeld,“ erwiderte Berger; „Sie sind ja verwundet.“

„Mir ist so eigentümlich bang, Herr Major. Ich meine, es wäre besser, wenn ich bei der Kompagnie bleiben könnte.“

„Sie sind krank, Hartfeld. Sie hätten in Nemilly bleiben sollen.“

„Ich habe wohl Schmerzen, aber das macht nichts. Wenn ich nur da bleiben dürfte! Lassen mich doch, Herr Major, bei der Kompagnie! Mein rechter Arm ist gesund, und meinen Zug kann ich führen. Ein mächtiges Gefühl zwingt mich, bei der Kompagnie — beim Herrn Major zu bleiben.“

„Das könnte ich nicht verantworten, lieber Freund. Sie müssen sich unbedingt schonen,“ sprach Berger bewegt. Dann schlang er plötzlich die Arme um den jungen Offizier. „Ihre Zuneigung freut mich herzlich,“ fuhr er mit überquellender Zärtlichkeit und zitternder Stimme fort. „Auch Sie werden längst gefühlt haben, daß ich Ihnen mehr bin als ein wohlwollender Vorgesetzter. O Gott, ich darf ja sprechen.“

(Forts. folgt.)

o **Die Ergänzungsgebühr für Schnell- und Eilzüge.** Wie der Nordd. Allg. Ztg. von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, steht es keinesfalls fest, daß die Ergänzungsgebühr zu den Fahrpreisen für Schnell- und Eilzüge am 1. April d. J. aufgehoben werden wird. Die Ergänzungsgebühr ist eingeführt worden, um bei den herrschenden Betriebsschwierigkeiten die dringend erforderliche Einschränkung des Verkehrs der schnellfahrenden Züge herbeizuführen. Es wird aber lediglich von der Betriebslage abhängen, wann diese Maßnahme wird beseitigt werden können.

□ **Kein Leinen als Packmaterial.** Die oft beobachtete Gepflogenheit, gutes Leinen als Packmaterial für Sendungen an Gefangene zu verwenden, ist unter den heutigen Verhältnissen Verschwendung und geeignet, die Bestrebungen zur Streckung unserer Vorräte auf diesem Gebiet zu durchkreuzen. Zur Verwendung als Packmaterial genügen Papier oder Pappe vollkommen. Der vorhandene Vorrat an Webwaren aber muß unbedingt der Verarbeitung für Kleidung und Wäsche vorbehalten bleiben. Hoffentlich hat der Teil der Bevölkerung, der hier in Frage kommt, Einsicht genug, diesen Wink zu beherzigen.

□ **Anmeldepflicht für Leinöl, Leinölfirnis und Linoxyn.** Vielfache Ankündigungen in den Tages- und Fachzeitungen lassen darauf schließen, daß in gewerblichen Kreisen Zweifel darüber bestehen, ob Leinöl, Leinölfirnis und Linoxyn zu den anmeldepflichtigen Fetten gehören. Diese Frage muß unbedingt bejaht werden. Zu den in der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 genannten Ölen und Fetten gehören die durch Pressung gewonnenen, wozu auch Leinöl zu rechnen ist. Ebenso: gekochtes Leinöl, wie es in den Buchdruckereien Anwendung findet. Die Bundesratsverordnung vom 14. Dezember 1917 erfaßt ferner Leinölfirnis und Linoxyn.

Paderborner Stadtchronik.

— Der Obstbauverein für Paderborn und Umgegend veranstaltete am Sonntag, den 10. ds. Mts, nachmittags 3 Uhr, im Rathaussaale seine erste diesjährige Versammlung die eine rege Beteiligung aufwies. Der Vorsitzende, Geh. Reg.-Rat Peine eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Begrüßung der Anwesenden und dem Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Darnach zählt der Verein z. Zt. 160 Mitglieder und besitzt ein Vermögen von 411 Mark, dem keinerlei Verbindlichkeiten gegenüberstehen. Die sämtlichen Schulden des Vereins konnten dank der umsichtigen Geschäftsführung des Kassierers, Kaufmann Ahlemeyer, im letzten Jahre restlos abgestoßen werden. Infolge der ungünstigen Zeitverhältnisse vermochte der Verein keine besonders rege Tätigkeit zu entfalten, im letzten Jahre konnte nur eine Versammlung abgehalten werden, außerdem veranstaltete der Verein aus Anlaß der Generalversammlung des Obstbauverbandes für Westfalen und Lippe, die am 21. Oktober v. J. zum ersten Male in Paderborn stattfand, eine kleine, aber wohlgelungene Obst- und Gemüse-Ausstellung. — Nach Erledigung des geschäftlichen Teils nahm Obstbaulehrer Musleck-Arnsberg das Wort zu einem Vortrage über die „Förderung des Obstbauertrages." Der Redner ging hierbei von dem Gedanken aus, daß es jetzt nicht mehr so sehr darauf ankomme, die Obstanpflanzung zu vermehren, als vielmehr die Ertragfähigkeit der vorhandenen Kulturen zu steigern, was nur durch eine sachgemäße Pflege der Obstbäume erreicht werden könnte. Leider lasse diese aber viel zu wünschen übrig, weil es an geschulten Obstbaumwärtern mangele. Weiter behandelte der Redner die „Pflege des Obstbaumes", seine Düngung und insbesondere seine Schädlingsbekämpfung. Der Vortrag fand eine beifällige Aufnahme. Nach einer kurzen Besprechung folgte ein zweiter Vortrag und zwar aus dem Gebiete des Gemüsebaues. Gärtnereibesitzer Bergener sprach über den Tomatenanbau. Auch dieser Vortrag fand aufmerksame Zuhörer und ebenfalls zum Schlusse eine anregende Besprechung. Beim letzten Punkte der O. gab der Vorsitzende bekannt, daß der Vorstand ein Sortiment der zum Anbau in hiesiger Gegend ganz besonders geeigneten Obstarten zusammengestellt habe, das aber noch der eingehenden Ueberprüfung bedürfe. Ferner stellte der Vorsitzende in Aussicht, daß demnächst wieder eine Versammlung stattfinden werde. Die ungemein anregende und belehrende Veranstaltung erreichte gegen 6 Uhr ihr Ende.

— Aschermittwoch. In allen Kirchen wurde heute vormittag das Aschekreuz erteilt. Im Dom weihte der hochw. Herr Bischof die Asche und anschließend daran fand das feierliche Hochamt mit bischöflicher Assistenz statt. Die Fastenpredigten im Dom finden jeden Freitag abend um 8 Uhr statt und werden von einem Ordensgeistlichen gehalten.

= Der Schulunterricht beginnt ab Freitag um 8 Uhr. Dementsprechend ist auch der Beginn der Schulmesse früher gelegt.

* **Auf das Sinfoniekonzert,** das die Musikabteilung des Ers.-Batl. 158 morgen, Donnerstag, im Bürgerverein veranstaltet, sei nochmals aufmerksam gemacht. Neben der Militärsinfonie von Haydn bringt das Programm u. a. Bruchs G-moll-Violinkonzert, sowie einige reizende nordische Stücke für Streichorchester, sodaß jedem Musikfreund ein genußreicher Abend in Aussicht gestellt werden kann.

):(Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhielt der Leiter der hiesigen Hebammenlehranstalt Sanitätsrat Dr. Fritz Mann.

Lippspringe.

L. **Keine Beschränkung des Besuchs von Badeorten.** In der Presse haben in der letzten Zeit verschiedentlich Veröffentlichungen stattgefunden, wonach bei maßgebenden Stellen Erwägungen stattgefunden haben sollen, die dahin zielen, im Interesse der Bekämpfung des Schleichhandels den Besuch der Badeorte im kommenden Sommer ganz zu verbieten. Zur Beruhigung der deutschen Badeverwaltungen stellt der Vorsitzende des Allgem. Bäderverbandes, Geheimer und Oberbergrat Morsbach in Bad Oeynhausen, fest, daß weder bei den Reichs- noch bei den preußischen Zentralstellen die Absicht vorliegt, auf den Besuch der deutschen Bäder in der oben dargelegten Art und Weise hemmend einzuwirken. Dagegen besteht die Absicht, gegen den Schleichhandel mit allen Mitteln auf das strengste einzuschreiten.

Von Nah und Fern.

-on **Breckerfeld,** 11. Febr. Ziemlich bunt getrieben hat es die Ehefrau E. Neuhaus, die von 1915—1917 sich fortgesetzt der Milchfälschung schuldig gemacht hat. Sie füllte die Milcheimer vor Gebrauch mit Wasserzusatz und die Mägde mußten darnach die Milch in die Eimer schütten. Auf 20 Liter Milch betrug der Wasserzusatz 3 Liter. Vor der Hagener Strafkammer charakterisierte der Staatsanwalt die Handlungsweise als eine überaus freche und beantragte drei Monate Gefängnis; das Urteil lautete gegen die alte Frau auf einen Monat Gefängnis und 500 ℳ Geldstrafe.

⓭ **Hannover,** 12. Febr. **Der Eierpreis ist von 56 auf 35 Pfg. herabgesetzt worden.**

* Weimar, 13. Oktober. Zum Mörder wurde der 15jähr. Sohn des Invaliden Kolansee aus Stotternheim (Weimar). Als die Mutter ihm Vorhaltungen wegen seines Müßigganges machte, legte der Bursche das Gewehr auf die Mutter an und drückte ab. Der Schuß ging los und traf die Mutter, die auf der Stelle verschied.

Vermischtes.

o **Völlige Wiederaufnahme der Arbeit.** In Berlin ist bei allen Betrieben der Rüstungsindustrie die Arbeit wieder aufgenommen worden. Ebenso melden alle anderen großen Betriebe und Werkstätten, daß ihre Arbeiterschaft wieder vollzählig erschienen ist. Das Fernbleiben einzelner Arbeiter ist fast ausschließlich auf Krankheits- oder persönliche Gründe zurückzuführen.

o **Millionenspenden für ein Heidelberger Universitätsinstitut.** In Anwesenheit des Großherzogs von Baden fand in Heidelberg die Gründungsfeier einer der Universität Heidelberg angegliederten orthopädischen Anstalt statt, deren Kosten durch freiwillige Stiftungen von drei Millionen Mark aufgebracht worden sind. Die Stadt stellte den erforderlichen Grundbesitz dafür zur Verfügung. Von den Gründern wurden elf zu Ehrendoktoren promoviert.

o **Großen Schiebungen mit Mehl, Getreide** und anderen Feldfrüchten ist das Kriegswucheramt in Zusammenarbeit mit der Reichsgetreidestelle im Kreise Neustadt O./S. auf die Spur gekommen. Es konnten beschlagnahmt und sichergestellt werden allein 12 000 Zentner Mehl und Getreide, die der Verbrauchsregelung entzogen worden waren. Fünf der beteiligten Schieber wurden von Beamten des Kriegswucheramtes festgenommen. Es wurde festgestellt, daß bei den Schiebungen der Höchstpreis zum Teil um mehr als das Zehnfache überschritten worden ist.

o **Streikende** [illegible]. Aus Sebenico im österreichischen Küsten[illegible] wird berichtet: Die Geschworenen des Sebenicoer Kreisgerichts sind in den Ausstand getreten, weil ihre Forderung nach Zuweisung eines Taggeldes von 30 Kronen nicht erfüllt wurde.

o **Ein neuer Naturschutzpark** ist im Bialowiesforst durch Befehl der dortigen Militärforstverwaltung abgegrenzt worden. Er umfaßt einen Waldteil, worin noch Wisente vorkommen, die auch zu russischen Zeiten dort gehegt worden sind.

o **Die Pest in Südrußland.** Aus Jalta wird mitgeteilt, daß in Südrußland die Pest herrscht, und daß die Epidemie bereits gefährliche Ausdehnung angenommen hat. Auch in Kaukasien sollen Pestfälle vorgekommen sein.

o **Brotkarten-Fabriken.** Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, zwei Brotkarten-Fabriken zu entdecken und aufzuheben und 19 Fabrikanten und deren Vertreter zu verhaften. Die Hauptdruckerei befand sich in Bielefeld. Wie reich das Arbeitsfeld der Schwindlerbande war, beweist u. a., daß sie für die dritte Woche laufenden Jahres 46 000 Stück Brotkarten druckten.

o **Eisenbahnunglück am Dnjestr.** Wie Lemberger Blätter berichten, geriet im Personenzug Stanislau—Lemberg auf der die Stationen Jezupol und Wodniki verbindenden Dnjestrbrücke ein Wagen in Brand. Der Zug wurde zum Stehen gebracht. Es entstanden jedoch furchtbare Schreckensszenen unter den Reisenden, die entsetzt aus den Wagen sprangen. Dabei fielen mehrere in den hochgehenden Fluß und ertranken. In dem ausgebrannten Wagen fand man sieben verkohlte Leichen. Elf Personen erlitten schwere Brandwunden. Der Brand soll durch die Entzündung eines im Koffer eines Reisenden aufbewahrten Kinofilms entstanden sein.

o **Ein Denkmal für Fliegerleutnant Müller.** Reichsrat Graf Kasper v. Preysing errichtet bei seinem Schloß Niederholzkofen in Bayern dem erfolgreichen bayerischen Kampfflieger Leutnant Max Müller, der vor einigen Wochen tödlich abgestürzt ist und in seiner Vaterstadt Rottenburg beigesetzt wurde, ein Denkmal. Müller war bekanntlich der erste in der deutschen Armee, dem es gelang, vom einfachen Mechanikergesellen und Soldaten bis zum Fliegeroffizier emporzusteigen.

o **Fliegerunglück.** Nach der Fürther Zeitung ist am 9. Februar bei Städeln ein Flugzeug aus 800 Meter Höhe brennend abgestürzt. Die Insassen sind tot.

o **Lebensmittelzulagen für Neuvermählte.** Das Bonner Lebensmittelamt gibt Neuvermählten, wenn einer der Ehegatten wenigstens sechs Monate Bonner Einwohner war, als einmalige besondere Lebensmittelzulage 30 Pfund Kartoffeln, zwei Pfund Weizenmehl, zwei Pfund Grieß, fünf Pfund Zucker, zwei Pfund Malzkaffee, zwei Pfund Butter oder andere Fette, zehn Eier.

Vom Tage.

Wachsender englischer Einfluß in Petersburg.

In Stockholm sind aus London angeblich bestimmte Nachrichten eingelaufen, nach denen die englische Regierung mit Petersburg in besserer Fühlung als früher steht und daß die Kriegsziele der Entente dort jetzt anders gewürdigt werden, als unmittelbar vor dem Sturz Kerenskis. Die frühere britische Militärmission in Petersburg wird wieder auf ihre volle Höhe gebracht. Ein Teil ihrer Mitglieder ist bereits in Petersburg, alle noch abwesenden Mitglieder sind dorthin zurückbeordert. Von englischer und dann von französischer Seite waren bereits bei der ersten Stockung in den Brest-Litowsker Verhandlungen, als das erstemal die Rede von der Bildung einer neuen Armee zur Verteidigung der Revolution war, in Petersburg Geldmittel in jeder Höhe für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Die englischen und französischen Vertreter wandten sich deswegen an den russischen Kommandierenden Krylenko, das Angebot wurde aber von diesem abgelehnt.

Dämmernde Erkenntnis in Frankreich.

vt. Allmählich ist es auch den Franzosen deutlich zum Bewußtsein gekommen, daß England die Hauptschuld an dem unheilvollen Kriege trifft. Außerungen der französischen Soldaten über ihre Ernüchterung, Verbitterung, ja selbst ihren Haß gegen den großen englischen Verbündeten mehren sich. Daß Englands hauptsächlichstes Ziel die Beherrschung der Meere ist, haben die Franzosen zur Genüge erkannt. — Wenn man auch nicht offen zugestehen will, daß England niemals gutwillig Calais räumen wird, so wird doch immer wieder die Besorgnis laut, daß mit dem Verlust dieses französischen Hafens an England der französische Handel eine unheilbare Wunde erhalten würde. So geht Frankreich an den Geistern zugrunde, die es zu Hilfe rief.

Die Flotte ohne Schuhe.

vt. Das Zentralkomitee der baltischen Flotte hat sich an den Kommandanten des Hafens von Murmansk gewandt, er möge aus seinen Vorräten schnellstens Schuhe schicken, da infolge großen Schuhmangels ein großer Teil der Flotte barfuß geht. — In Murmansk sollen nämlich Millionen von Gamaschen und Zehntausende von Schuhen aus amerikanischen Sendungen lagern. — Die Meldung zeigt den völligen Zusammenbruch des russischen Transportwesens.

Vertröstungen Jellicoes.

vt. In einer längeren Rede führte Admiral Jellicoe aber den U-Boot-Krieg aus: „Ich fürchte, daß wir während der nächsten Monate schwere Zeit haben werden. Doch ich sehe voller Zutrauen in die Zukunft, da ich weiß, was bereitgestellt, und was in Vorbereitung ist. Ich habe das Vertrauen, daß im Sommer, das heißt im Spätsommer — ich darf keinen zu frühen Termin angeben —, also ungefähr im August, wenn bis dahin das Volk durchhält, und ich hoffe, es wird durchhalten, wir tatsächlich imstande sein werden, zu sagen, daß die U-Boot-Gefahr getötet ist. Ich habe immer bemerkt, daß, so oft der Premierminister oder andere hohe Beamte zuversichtliche Reden über das U-Boot gehalten haben, das Ergebnis am nächsten Tage ein Unglücksfall war." — Zum Schluß bat Jellicoe die Minister, vor August keine solche zuversichtlichen Reden mehr zu halten — er hat also der Regierung gewissermaßen eine neue Frist erwirkt.

Letzte Nachrichten.

Finnland in höchster Not.

Stockholm, 12. Febr. Der in Stockholm eingetroffene Abgeordnete der gesetzlichen finnischen Regierung hat den Auftrag erhalten, der schwedischen Regierung mitzuteilen, daß der Mangel an Munition und Waffen bei den finnischen Regierungstruppen an wichtigen Punkten so groß sei, daß die Lage verzweifelt zu werden drohe, falls Schweden nicht schleunigst genügende Hilfe leiste. Es koste zuviel Zeit, Munition und Waffen außer Landes zu kaufen. Falls noch einige Tage ohne Unterstützung vergingen, drohe dem kulturellen Finnland der Untergang.

Die „Nationalisierung" der russischen Handelsflotte.

Petersburg, 12. Febr. Alle Schiffsunternehmungen, die Aktiengesellschaften, Handelshäusern und Großunternehmern gehören, werden durch Dekret des Volksrates für nationales Eigentum der Republik erklärt. Ausnahmen bilden nähere bestimmte kleinere Fahrzeuge. Ferner wird ein Dekret über die Einziehung der Aktienkapitale der früheren Privatbanken veröffentlicht. Demgemäß werden alle diese Kapitale in vollem Umfange beschlagnahmt und der Volksbank der russischen Republik übergeben. Alle Bankaktien werden für nichtig erklärt, und jede Dividendenauszahlung wird eingestellt.

Heiliger Krieg gegen die Bolschewiki.

Genf, 12. Febr. Der „Matin" erfährt, daß die Zentralrada, die noch immer in Kiew tagt, in einer Proklamation den heiligen Krieg gegen die Bolschewiki erklärt hat. Nach der gleichen Quelle steht die Proklamation der Trennung der Ukraine von Groß-Rußland bevor.

Unruhen in Athen.

Basel, 12. Febr. Die „Tribune" meldet aus Athen: In Athen haben vor dem Königspalast Unruhen stattgefunden, bei denen die Reservetruppen sich auffässig gegen die gelandeten Vierverbandstruppen verhielten. Es soll sich um einen Versuch handeln, die griechische Mobilisierung zu stören. Es landeten bisher 20 000 alliierte Truppen, die sich auf dem Wege nach Athen befinden.

Kriegshetzer in Argentinien.

Lugano, 12. Febr. Laut „Agenzia Americana" reist der argentinische Botschafter in Washington nach Buenos Aires, um seine Regierung von der Notwendigkeit des Kriegseintritts Argentiniens auf seiten der Vereinigten Staaten zu überzeugen.

Nach Redaktionsschluß eingegangen.

Ein Verbands-Schreckschuß an Rußland.

f. **Frankfurt a. M., 13. Februar. Aus Bern wird der „Frankf. Ztg." gemeldet: Zur Friedenserklärung Trotzkis wird dem „Berner Tageblatt" von unterrichteter schweizerischer Seite mitgeteilt: Die Erklärung Trotzkis, den Kriegszustand zu beendigen, sei nur als einseitige Friedensverpflichtung anzusehen. Wie man hört, habe die Entente die maximalistische Regierung wissen lassen, daß Japan und China bereit seien, für den Fall eines Sonderfriedens in Sibirien einzumarschieren.**

Das gleiche Wahlrecht in Sachsen.

T il. **Dresden, 13. Februar. Im Verfassungsausschuß erklärten sich sämtliche Parteien, außer der Konservativen für den nationalliberalen Antrag auf Einführung des geheimen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Die zwei Zusatzstimmen für Alter, Familie, Stand, Vermögen und Einkommen bleiben außer Betracht. Die Annahme des Antrages ist so gut wie sicher.**

Frankreichs Mannschaftsnot.

TU. **Von der Schweizer Grenze, 13. Februar. Auf Anordnung des französischen Kriegsministers haben die bisher noch nicht einberufenen Söhne von Ausländern, die das französische Staatsbürgerrecht erworben haben, unverzüglich Stellungsbefehl zu erhalten.**

Rumänien.

eb. **Basel, 12. Februar. Der Pariser rumänische Gesandte bestätigt den Rücktritt des Kabinetts Bratianu und das deutsche Ultimatum. Die Entscheidung des Königs und der neuen Regierung wird von einer Stunde zur anderen erwartet.**

Auf Grund der Kundenliste gelangen zur Verteilung je Person:

70 gr Hülsenfruchtsuppe

das Pfund 1,00 Mk.,

ferner gegen Rückgabe von 2 Eierkarten Nr. 4 (11. bis 17. Februar)

ein Ei

zu 40 Pfg.

Paderborn, 12. Febr. 1918.

Magistrat der Stadt Paderborn.
Abteilung: Lebensmittelversorgung.

Einfaches ev.

Fräulein sucht Stellung

als Stütze. Gute Zeugnisse vorhanden.

Schriftl. Angebote erbittet

Sophie Gerwin,
Geest, Kl. Osthofenstraße 7.

Montag vormittag in der Westernstraße

Portemonnaie

mit Inhalt gefunden.

Näh. in der Geschäftsstelle des Paderborner Anzeigers.

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner in Paderborn.